

# Professionelles Restheldentum

Die Bundeswehr macht sich mehr Gedanken über die Gesellschaft als umgekehrt. Es geht um ein aufgeklärtes Bild vom Krieg.

Von Gerald Wagner

Der Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine hat die deutsche Politik in einen Schockzustand versetzt. Das „Undenkbare“ sei über Nacht das Wirkliche geworden, heißt es. Die Bundesaußenministerin beklagte am Morgen nach Putins Zivilisationsbruch ihr „Aufwachen in einer anderen Welt“ und verteidigte sogleich das Recht auf das Weiterträumen des ukrainischen und russischen Volkes von einer besseren Zukunft in Frieden und Demokratie. Es sollte wohl kämpferisch klingen, aber mutet es nicht eher zynisch an, wenn Annalena Baerbock am frühen Morgen der russischen Invasion den Menschen in Kiew zuruft: Träumt weiter?

Trotz bestand die Grünenpolitikerin darauf, Deutschland sei zwar fassungslos, aber nicht hilflos. Dass das nicht militärisch gemeint sein konnte, stellte zur gleichen Stunde Generalleutnant Alfons Mais klar. Auf LinkedIn räumte der Inspekteur des Heeres ein, dass die Bundeswehr kaum zur Sicherung des eigenen Bündnisses an seinen Ostgrenzen beitragen könne. Man darf unterstellen, dass Baerbocks Ankündigung, „wir“ würden jetzt unsere Sicherheit und die unserer Bündnispartner stärken, eher bei Mais Fassungslosigkeit auslöste, auch wenn die Bundesregierung inzwischen beschlossen hat, doch Waffen an die Ukraine zu liefern. Spätestens seit der Annexion der Krim hätten „wir“ es doch kommen sehen, aber mit unseren Argumenten seien wir nicht durchgedrungen, so der General.

Die große Leistung der militärischen Publizistik der vergangenen Jahre besteht darin, dass sie in ihren Argumenten tatsächlich nichts für undenkbar gehalten hatte. Sie hat sich vielmehr im Denken des Krieges geübt, um diesem eben nicht fassungs- und hilflos gegenüberzustehen. Dass wir jetzt so dastehen, ist auch die Folge des Desinteresses, das dieser Publizistik entgegengebracht wurde.

Die Gestalt des intellektuellen Soldaten ist in Deutschland seit Ernst Jünger scheinbar ausgestorben. Der schreibende Leutnant, der publizierende Stabsfeldwebel oder eine Essayistin bei den Kampftruppen wirken zu widersprüchlich, um im öffentlichen Diskurs ernst genommen zu werden. Und doch zeigen die Qualität dieser Publizistik, ihre Sachkenntnis und ihr Niveau, dass man sich in der Bundeswehr mehr Gedanken über die Gesellschaft macht als umgekehrt diese über die Bundeswehr. Der Diskurs im Militär ist offener, toleranter und selbstkritischer als der Diskurs außerhalb des Militärs über dieses.

**Der gute Soldat – wie stellen wir ihn uns eigentlich vor?**

Dass Mais in seiner Aufgabe als Truppeninspekteur das Projekt „Literatur im Heer“ gestartet hat, mag anrührend erscheinen. Aber es ist Ausdruck der Überzeugung, dass ein militärischer Führer auch ein Leser sein sollte. Titel wie „Soldatentum: Auf der Suche nach Identität und Berufung der Bundeswehr heute“, 2013 herausgegeben von Martin Böcker, Larsen Kempf und Felix Springer; oder „Armee im Aufbruch: Zur Gedankenwelt junger Offiziere in den Kampftruppen der Bundeswehr“, das Marcel Bohner und Lukas J. Reitstetter 2014 veröffentlichten, waren bemerkenswerte Versuche, die Stimme des deutschen Offizierskorps in der Öffentlichkeit wieder vernehmbar zu machen. Die Schriften des Berliner Miles-Verlags sind hier ebenso zu nennen wie die Forschungsergebnisse des Potsdamer Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften.

Seit mehr als zehn Jahren publiziert der Arbeitskreis Innere Führung sein Jahrbuch zu dieser nach wie vor zentralen Dienstvorschrift der Bundeswehr. Auch wenn sich viele seiner Beiträge mit eher spezifischen Fragen der aktuellen Verteidigungspolitik befassen: Im Kern dreht sich dieser Diskurs um die Frage nach dem Militärischen in der heutigen Gesellschaft, wie es in einem Titel von Uwe Hartmann aus dem Jahr 2018

anklingt: „Der gute Soldat. Politische Kultur und soldatisches Selbstverständnis heute“.

Die Überzeugung dieser Autoren, dass unsere Demokratie auch im Zeitalter des Postheroischen eine wehrfähige Demokratie sein muss, darf man voraussetzen. Gestritten wird über die Frage, wie anders der Soldat oder die Soldatin sein muss in Differenz zu der Gesellschaft, deren Werte sie im Ernstfall nicht mehr am Hindukusch zu verteidigen hätten, sondern im Baltikum oder an der Ostgrenze Polens. Dass es in den deutschen Streitkräften an Ausrüstung mangelt, ist schon zu einem öffentlichen Witz geworden. Aber ist der gesellschaftliche Mangel an Anerkennung für das Besondere des Soldatenberufs nicht viel schwerwiegender? Weil dahinter eine tiefe Abneigung steckt, sich mit dem Militärischen überhaupt zu befassen? Also mit solchen Phänomenen wie Feindschaft, Gewalt, Kampf und Tod?

Die übliche Antwort der Gesellschaft hierauf ist funktionale Differenzierung: Die postheroische Gesellschaft delegiert das benötigte Maß an realisiertem Pessimismus und professionellem Restheldentum an dafür ausgebildete Spezialisten, die gefälligst ihren Job machen sollen, etwa indem sie mal rasch bei einer Flut helfen oder Menschen aus Kabul ausfliegen oder in Mali ein fragiles Staatsgebilde stabilisieren sollen. Dass es für diesen Job andere Tugenden oder einen anderen „Mindset“ (so das jüngste Jahrbuch Innere Führung) verlangt, wird zwar zugebilligt, aber mit Misstrauen bedacht.

**Das Misstrauen gegen die Uniform und ihre Träger**

Dabei halten es sich Gesellschaft und Politik zugute, rasch und konsequent jeden Hinweis auf rechtsextreme „Umtriebe“ in der Truppe zu verfolgen. Mitunter ist die erhöhte Wachsamkeit innerhalb des Landes gegenüber der Bundeswehr höher als jene gegenüber dem Gegner außerhalb der Landesgrenzen. Angesichts der Besonderheit des Soldatenberufs mag diese Wachsamkeit verständlich sein. Mangels belastbarer Statistiken müssen dann Einzelbeobachtungen herhalten, um Tendenzen des Abdriftens der Angehörigen von Militär und Polizei zu rechten Parteien zu belegen.

Im Grunde wünscht sich die Gesellschaft den Soldaten nicht mehr als Staatsbürger in Uniform, sondern als einen Uniformträger, der vom Staat geführt wird, ja fast überwacht wird. Es ist ein Verhältnis der Einhegung, der Beschränkung und Bevormundung. Die Schnittmenge zwischen der Gesellschaft und einem politisch gerade noch akzeptablen Soldatentum erscheint hier immer kleiner zu werden. Mit dem Bild einer demokratisch verfassten Armee innerhalb der Gesellschaft hat das nichts mehr zu tun.

Intern ist man da längst weiter. Die für das Verhältnis des Soldaten zum Staat nach wie vor gültigen Prinzipien der „Inneren Führung“ werden in der militärischen Publizistik seit Jahren heftig diskutiert, ohne dass eine breitere Öffentlichkeit es zur Kenntnis nähme. Die in der Natur der Gewalt liegende Notwendigkeit kriegerischer Tugenden für das Soldatensein in Frage zu stellen würde hier als geradezu albern erscheinen. Es ist eher umgekehrt: Die Frage dieser Debatte ist die nach der Ausstrahlung des Militärs in die Gesellschaft. Uwe Hartmann, selbst Oberst im Generalstab, fordert in „Der gute Soldat“, den historischen Wandel des Krieges in einem breiten öffentlichen Diskurs in die Köpfe der Bürger zu bringen.

Das zu leisten, also der Bevölkerung ein „möglichst aufgeklärtes Kriegsbild“ zu vermitteln, sei die Pflicht des Soldaten, der sich seiner staatsbürgerlichen Verantwortung bewusst sei. Hartmann wendet sich damit entschieden gegen die Tendenz zur Etablierung einer „heroischen Gemeinschaft“ elitärer Krieger, die auch die Gedankenwelt einiger Autoren von „Armee im Aufbruch“ geprägt hatten. Die mag Kampfeinstellungen wie in Afghanistan gerecht geworden sein. Die territoriale Sicherheitslage im heutigen Europa hingegen verlange wieder eine möglichst große Schnittmenge zwischen der politischen Kultur des Landes und der Führungskultur seiner Streitkräfte, fordert Hartmann.

Dafür wird er ähnlich angegriffen wie schon Wolf Graf Baudissin, der Vater der Inneren Führung. Der bemerkte 1953, es bleibe wohl unbestreitbar, dass eine „Antinomie zwischen dem Bürgersein und dem Soldatensein in ihren letzten Konsequenzen“ bestehe. Es komme aber darauf an, diesen Dualismus zu überbrücken und als Polarität sinnvoll zu machen. Das gälte dann wohl für beide Seiten – die Bürger mit und ohne Uniform.



Schnee von morgen: New York versinkt im Klimakatastrophen-Film „The Day after Tomorrow“ in ewigem Eis.. Foto Twentieth Century Fox

## Katastrophale Botschaften

IPCC-Berichte und die heikle Kommunikation von Klimawandelszenarien

Wäre kein Krieg in Europa, wäre die Welt zu Beginn dieser Woche friedlicher, aber auf lange Sicht nicht sicherer. Die alte Sicherheit jedenfalls gibt es nicht mehr, mit dieser nicht ganz neuen Botschaft dürfte, wenn er seiner Linie treu bleibt, die Weltklimarat IPCC unter den Augen der Weltöffentlichkeit seinen zweiten Teil für den sechsten Sachstandsbericht zum Klimawandel am heutigen Montag vorstellen. Will heißen: Wir steuern nicht auf die Katastrophe zu, wir sind schon mittendrin. Die Zerstörung ist da, die in einem Beutezug entsteht, den wir gegen die Natur, ja gegen die Lebensgrundlagen in toto führen. Friedrich Merz verwendete für Erfahrungen dieser Art zuletzt auffallend oft den Begriff Realitätschock. Wie aber umgehen mit all den Schocks?

Der Realitätschock der Klimakrise war für viele hierzulande die Überflutungskatastrophe im Ahrtal. Durch sie wurde viele erst bewusst, wie traumatisierend es ist, wenn sich die schlimmsten Befürchtungen in einem konkreten Ereignis erfüllen. Plötzlich schürte der Klimawandel nicht mehr nur abstrakte Zukunftssorgen, sondern akute, ins Mark gehende Emotionen. Auch neue, radikale Bewegungen wie „Die letzte Generation“ spiegeln einen verschärften Katastrophismus wider. Kaum mehr zu leugnen ist: Der Klimawandel hat eine psychisch-pathologische Dimension angenommen, die nun auch den Weltklimarat und die Klimaforscher generell beschäftigen müssen. Klimanotstand, Klimaangst, Klimagerechtigkeit – alles Schlüsselbegriffe eines neuen Risikobewusstseins.

Zum Auftakt der beiden Sitzungswochen der Arbeitsgruppe 2 ernannte der Chef der Weltmeteorologiebehörde, der Finne Petteri Taalas, die IPCC-Akteure, dringend auf die Formulierungen zu achten – die jungen Menschen müssten vor Resignation geschützt werden. Wohl wissend, dass die Klimaforscher andererseits die Flucht vor der Wahrheit befürchten müssen, falls sie nicht deutlich genug werden. Jetzt erst recht: Rückte die Klimakrise nach der Finanzkrise von 2008 für einige, möglicherweise entscheidende Jahre ins zweite Glied der Aufmerksamkeit, droht nun ihre Bedeutung angesichts des Ukraine-Kriegs und seiner unabsehbaren Folgen zu verblasen.

Die Wahrheit, um die es in der zweiten IPCC-Arbeitsgruppe geht, ist zuvörderst die Abschätzung von Risiken und Folgen des Klimawandels – die zunehmende Verwundbarkeit der Welt – und die Vermittlung der Dringlichkeit, sich am Ende auf das Schlimmste einzustellen. Der

Anfang des Schlimmsten liegt dabei für die Wissenschaft keineswegs mehr in der Zukunft. Der Schwede Johan Rockström, seit drei Jahren Direktor am einflussreichen Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK), formuliert das so: „Die katastrophalen Folgen des Klimawandels kommen schneller als vorausgesagt, sie kommen häufiger, und sie sind erster als vorausgesagt.“ Im Heute also erfüllen sich schlimmste Befürchtungen, nicht erst morgen. Der Schock ist nicht mehr aufschiebbar.

Die klimapolitische Botschaft ist klar: Mit schon eingetretenen 1,2 Grad Erdwärmung seit Beginn der Industrialisierung gibt es keinen Spielraum mehr. Schon das Paris-Ziel von 1,5 Grad Maximalerhöhung wird die Welt als Ganzes verändern, so lautet der IPCC-Konsens. Im ersten Teil des neuen IPCC-Berichts, der vor einem halben Jahr vorgestellt wurde und die physikalischen Grundlagen für die politischen Entscheidungen der nächsten Jahre aufzeigt, war das unmissverständlich formuliert worden. Die gefährliche Schwelle, an der weitere Kippunkte des Klimas überschritten werden, rückt bedrohlich schnell näher. Rockström rechnet mit dem Überschreiten der abstrakten Zielvorgabe um das Jahr 2033 herum. Die alte Zwei-Grad-Marke könnte, wenn die Emissionen nicht drastisch und sofort heruntergefahren werden, zehn Jahre nach der Jahrhundertende mitteilen fallen. Das sagen die Klimamodelle für die Zukunft voraus.

Das beschäftigt vor allem junge Menschen. Und deshalb beschäftigt die Wissenschaft als Urheber dieser Klimaentwürfe die Frage, wie dieser Zukunftsschock in der Gegenwart so kommuniziert werden kann, dass er nicht vollends in die Verzweiflung führt – und, was mindestens ebenso dramatisch wäre, zu weiteren politischen Lähmungen.

Im Fokus steht das im Weltklimarat als „RCP8.5“ verhandelte Quasi-Endzeit-Szenario – die in den Algorithmen der Klimamodelle manifestierte Perspektive ungebremster Emissionen. Zeke Hausfather, ein amerikanischer Klimatologe aus Berkeley, auch er ein ehemaliger IPCC-Autor, hat das Dilemma in einer bemerkenswerten Folge von Tweets beschrieben: Demnach leben wir in einer anderen Welt als vor zehn Jahren, die „dunkelsten Klimaszenarien“ einer um vier bis fünf Grad wärmeren Welt hätten sich erledigt. Vor zehn Jahren habe China alle drei Tage ein Kohlekraftwerk gebaut, die globalen Emissionen seien Jahr für Jahr um drei Prozent gestiegen, und die Vorstellung, dass sich die Kohleverbren-

nung versechsfachen könne bis 2100, seien heute absolut unplausibel. Zumindest dieses Worst-Case-Szenario hat sich erledigt.

In die gleiche Kerbe schlägt Roger Pielke junior, ein in den USA einflussreicher Politikwissenschaftler aus Colorado, der Statistiken mit weltweit sinkenden Zahlen von Naturkatastrophen-Opfern als Widerlegung des grassierenden Katastrophismus verstanden wissen will. Er hat die Welt in einem Fachartikel auf den vermeintlichen Paradigmenwechsel vorbereitet: Die Klimapolitik sei schon verdammt nah dran, das ursprüngliche Zwei-Grad-Ziel zu erreichen. Tatsächlich steuert den einschlägigen Klimawandel-Analysen zufolge die Staatengemeinschaft auf 2,2 bis 2,4 Grad bis zum Jahrhundertende zu, sollten die bisher vorgelegten nationalen Klimaziele realisiert werden – aber auch nur, wenn wirklich geliefert wird.

Pielke, Hausfather und andere Klimaforscher wollen mit ihrem plakativen Optimismus nicht etwa vor der Politik zu Kreuze kriechen oder den Klimawandeldelegierten Zugeständnisse machen, sondern offensichtlich der fatalen Endzeitstimmung entgegenzutreten, die sich mit den IPCC-Berichten nun einmal leicht verbinden lässt.

Selbst einer der weltweit profiliertesten Klimakatastrophiker, der Amerikaner Michael Mann, wissenschaftlicher Gründer der Hockeystick-Kurve und damit Kronzeuge für Al Gore im berühmten Dokumentarfilm „Eine unbequeme Wahrheit“, hat die psychologischen Risiken der Klimadebatte endlich in den Blick genommen. In einem Kommentar mit dem Titel „Die beste Wissenschaft, von der sie nie etwas gehört haben“ propagiert er mit zwei Mitstreitern eine neue Sicht auf die Katastrophe. Allzu lange, sagt er, hätten Wissenschaftler den Eindruck vermittelt, mit dem heute in die Luft geblasenen und in der Atmosphäre sehr beständigen Kohlendioxid werde die Klimakatastrophe noch in dreißig, vierzig Jahren befeuert. Tatsächlich jedoch könne dem Temperaturanstieg quasi über Nacht Einhalt geboten werden, wenn die Emission augenblicklich energisch reduziert würden.

Und um genau das zu erreichen, ist wiederum der Schwede Johan Rockström vom PIK überzeugt, müsse nicht weniger oder gedämpft, sondern vielmehr öfter die Alarmglocke geläutet werden: „Wie in der Corona-Krise, da hat der schwedische Ministerpräsident täglich eine Pressekonferenz gegeben und auf die Risiken hingewiesen. Nur so wurde jedem Einzelnen klar, wie wichtig es ist, den Gefahren auszuweichen.“ JOACHIM MÜLLER-JUNG



## Kehrtwendeland

Von Jürgen Kaube

Rolf Mützenich (SPD) muss schon ganz schwindelig sein, so oft hat er sich in den vergangenen Tagen gedreht. Ähnlich wird es Olaf Scholz (SPD) nach der Entscheidung gehen, jetzt doch Russland vom Überweisungssystem SWIFT abzutrennen. Soeben noch ist den europäischen Nationen vorgeordnet worden, a) das schade uns auch, und b) das müsse man sich für eine weitere Eskalationsstufe vorbehalten. So als wäre die Bereitschaft, erhebliche Nachteile in Kauf zu nehmen, nicht das ausschlaggebende Zeichen der Ernsthaftigkeit einer Sanktion. Und so, als könne man diesem Krieg erst einmal ein paar Tage zuschauen, um dann mit schärferen Sanktionen nachzulegen. Das Publikum durfte sich dann überdies herausuchen, welches der beiden Motive das ehrliche war. Allerdings wird sich dem Bundeskanzler auch wieder nicht gar so viel im Kopf drehen, denn die plötzliche Kehrtwende mit nachträglich eingesprungenener Selbstrelativierung hat er ja schon bei der Impfpflicht geübt; mit ähnlichen Verlusten an Glaubwürdigkeit. Manuela Schwesig (SPD) vermutet derweilen durch Illumination des Schweriner Schlosses in den ukrainischen Farben ihre lange Interessengemeinschaft mit Putin vergessen machen zu können; eine der geschmacklosesten Aktionen der letzten Tage. Gemeinsam ist dem swiften Gedrehe und Gewende, wie unbekümmert um den Außeneindruck der Politik es geschieht. Nicht nur in der Ukraine wird man sich der Abläufe erinnern. Dass insbesondere gegenüber Diktaturen nicht nur Sachfragen, sondern auch solche der politischen Würde aufgeworfen sind, dafür scheint es aber wenig Sinn zu geben. Gern wird das Hin und Her mit einer Lage erklärt, die sich eben geändert habe, als wären politische Entscheidungen bedingte Reflexe auf Impulse, die von außen kommen. Die Zukunft, es heute ganz anders zu sehen als gestern, ist gerade dann, wenn die Zeitangaben „gestern“ und „heute“ nicht metaphorisch, sondern wörtlich zu nehmen sind, kein Beleg für Lernbereitschaft, sondern für Opportunismus. Gerne redet dieser sich auf die arbeitsteilige Gesellschaft heraus. Der Sport ist nicht politisch, auch auf nach China und Qatar. Die russische Eisenbahn und die russischen Ölkonzerne waren bis soeben nicht politisch, also gerne in den Aufsichtsräten bleiben. Auch die Gasleitung war eine ganz und gar privatwirtschaftliche Angelegenheit. Überhaupt der Handel und die Banken, völlig unpolitisch. Folgerichtigweise ist die Schweiz der letzte Verbündete Putins in Europa. Fast möchte man sagen: Immerhin dreht sich die Schweiz nicht, sie war schon immer so, man weiß, woran man mit ihr ist. Von der deutschen Politik kann man das nicht sagen.

## Der Camorra entrissen

Archäologischer Park Pompeji wird erweitert

Eine ehemalige Gärtnerin in Civita Giuliana, einem nördlichen Vorort der antiken Stadt Pompeji, die von der Camorra für kriminelle Machenschaften genutzt und nach Ermittlungen der Anti-Mafia-Investigation beschlagnahmt wurde, wird in die Obhut des Archäologischen Parks übergeben. Damit entspricht die staatliche Vermögensverwaltung in Neapel dem Interesse der Archäologen: Auf dem zweitausend Quadratmeter großen Gelände befinden sich bedeutende Bodendenkmäler, darunter die Landgüter von Palma und Risi Di Prisco sowie der imposante Komplex der Villa Imperiale, wo vor einem Jahr ein römischer Triumphwagen entdeckt wurde. Die Fundstätte soll nach Abschluss der Ausgrabungen in den nächsten Jahren der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Archäologische Park verpflichtet sich, die Böden im seit mehr als zweitausend Jahren landwirtschaftlich genutzten Ager Pompeianus zu entgiften und darauf ökologischen Anbau zu betreiben. „Im Einklang mit den Zielen der Faro-Konvention“, so Direktor Gabriel Zuchtriegel, „will der Park eine Form des aktiven Schutzes für das archäologisch und landschaftlich wertvolle Gebiet erproben.“ aro.